

PresseSpiegel

ÜBERGABE UNTERSCHRIFTEN
„KLIMASCHUTZ ALS KOMMUNALE PFLICHTAUFGABE“
AM 15. AUGUST 2023



- Hochschule Trier
- Hochschule
- Organisation
- Qualitätsmanagement
- Aktuelles

Unterschriftenaktion: Klimaschutz muss kommunale Pflichtaufgabe sein



In einem offenen Brief an die rheinland-pfälzische Landesregierung fordern verschiedene Vereine, Verbände und Initiativen, dass Klimaschutz zur kommunalen Pflichtaufgabe wird. Auch die Scientists for Future Trier unterstützen diese Unterschriftenaktion.

- [Download: Brief an die Landesregierung mit Unterschriften](#) [PDF 230 KB]
- [Download: Pressemitteilung](#) [PDF 86 KB]

24. NOVEMBER 2021



BAD KREUZNACH

Unterschriften für den Klimaschutz

16. August 2023



Die Omas und Opas for Future Bad Kreuznach haben über 1.400 Unterschriften für die gesetzliche Verankerung des Klimaschutzes gesammelt. Klimaschutzministerin Katrin Eder hat die Unterschriftensammlung gestern in Mainz entgegengenommen. Angefangen hatte die Aktion 2021 mit einem offenen Brief. Klaus Philipp von den Omas und Opas for Future Bad Kreuznach: „Der Brief war damals gerichtet an die Ministerpräsidentin und drei Minister, unter anderem an die damalige Umweltministerin Frau Spiegel. Das war eigentlich ein Brief, unterzeichnet von, 20, 30

verschiedenen Gruppen aus der Klimabewegung, der zum ersten Mal praktisch diese Forderung beinhaltet hat.“

Neue Leut kennenler

Einfach Postlei
interessante M

Lebensfreunde

Mehrere Organisationen und Personen aus den Bereichen Umwelt und Klima hatten diesen Brief unterstützt. Daraus ist schlussendlich die Unterschriftensammlung entstanden. Gemeinsam mit klimaaktiven Gruppen aus Mainz fordern die Omas und Opas for Future ein Gesetz, das den Klimaschutz als kommunale Pflichtaufgabe festlegt.

ANZEIGE

Öffentlicher Anzeiger

Montag, 21. August 2023

Öffentlicher Anzeiger

NR. 193 · MONTAG, 21. AUGUST 2023

Stadt und Kreis Bad Kreuznach

Klimaschutz als kommunale Pflichtaufgabe?

Omas for Future überreichen mehr als 1400 Unterschriften an die rheinland-pfälzische Landesregierung

■ **Kreis Bad Kreuznach.** Mitglieder der Omas for Future Bad Kreuznach, unterstützt von Edit Heller von Mainz Zero und Parents for Future Mainz, haben am Dienstag mehr als 1400 Unterschriften für die Verankerung von Klimaschutz als kommunale Pflichtaufgabe in Mainz übergeben. Umweltministerin Katrin Eder empfing die fünfköpfige Delegation und nahm die Signierungen stellvertretend für die Landesregierung in Empfang, wie das Bad Kreuzbacher Netzwerk informiert. Eder nahm sich mehr als eine Stunde Zeit zum Austausch von Argumenten, Gedanken und Ideen. Am Ende war man sich einig über das Ziel – nicht aber über den Weg dahin.

Bereits im September 2021 hatte „Mainz Zero – Klimaentscheid Mainz“ einen offenen Brief an die Landesregierung gerichtet. Die Aktivisten forderten darin, Klimaschutz als kommunale Pflichtaufgabe gesetzlich zu verankern. Dafür müssten Aufgabenfelder, Ziele und Ressourcen der Kommunen klar umrissen und abgegrenzt werden. In ihrem Antwortschreiben im November 2021 antwortete die Landesregierung, sie teile die Einschätzung von Mainz Zero, dass die Begrenzung des Klimawandels schnelles und konsequentes Handeln auf allen Ebenen erfordere. Allerdings habe man einen anderen Weg als die kommunale Pflichtaufgabe gewählt.

Die Landesregierung setze mit dem auf den Weg gebrachten Kommunalen Klimapakt und dem „Kommunalen Investitionsprogramm Klimaschutz und Innovati-



Die Bad Kreuzbacher Omas for Future mit Klaus Philipp übergaben, unterstützt von Edit Heller von Parents for Future Mainz (Mitte), die Unterschriften an Umweltministerin Katrin Eder. Die Forderung des Netzwerks: Klimaschutz als kommunale Pflichtaufgabe gesetzlich verankern. Foto: Hans-Peter Müller

on“ (KIPKI) auf Freiwilligkeit und Einsicht. Die Initiatoren der Unterschriftensammlung fordern dagegen verbindliche, gesetzliche Strukturen. „In dem Wissen, dass die Klimakrise und deren Bewältigung unsere Gesellschaft Jahrzehnte beschäftigen wird, dass die Umsetzung vieler Maßnahmen zur Bewältigung der Klimakrise bei Städten und Gemeinden liegt, soll diesen strukturell klare Zuständigkeiten, Personal und Eigenmittel über den Landeshaushalt zur Ver-

fügung gestellt werden“, sagte Klaus Philipp von Omas (und Opas) for Future. Es gehe darum, die Kommunen personell und hinsichtlich ihrer Investitionsmöglichkeiten durch eine gesetzliche Festschreibung so auszustatten, dass sie die Klimaschutzaufgaben auch wahrnehmen können.

Eine Förderung von Innovationsprojekten mittels Förderprogrammen der EU, des Bundes und der Länder solle durchaus bestehen bleiben. Mit ihrer Forderung sind

die Bad Kreuzbacher Aktivisten nicht allein: Auch das Klima-Bündnis, das von Deutsche Umwelthilfe, German Zero, Klima Allianz Deutschland, WWF, Germanwatch, Städtetag Baden-Württemberg und dem Institut für Klimaschutz, Energie und Mobilität mitgetragen wird, fordert die Verankerung des Klimaschutzes als kommunale Pflichtaufgabe.

Mehr als 30 Kommunen aus Rheinland-Pfalz gehören diesem bundesweiten Bündnis bereits an.

Parallel dazu beinhalten die von der Bundesregierung in der Novelle des Gebäudeenergiegesetzes geplante Einführung der flächendeckenden kommunalen Wärmeplanung und das geplante Klimaanpassungsgesetz eine solche Ergänzung kommunaler Pflichtaufgaben. Wegen des „Durchgriffsverbots“ des Grundgesetzes werden diese vom Bund aber nicht direkt auf die Kommunen, sondern zunächst auf die Bundesländer übertragen. red

1400 Unterschriften von Omas for Future Bad Kreuznach



© Hans-Peter Müller

Die Umweltinitiative ist bei Ministerin Eder vorstellig und fordert: Klimaschutz muss kommunale Pflichtaufgabe werden. Mit ihrer Forderung sind die Klimaaktivisten nicht allein.

📅 23. August 2023 – 01:00 Uhr

👤 Redaktion

BAD KREUZNACH/MAINZ. (red). Der Weg in die Landeshauptstadt hat sich für die Mitglieder der Omas for Future Bad Kreuznach gelohnt: Unterstützt von Edit Heller von MainzZero und Parents4Future Mainz überreichten sie in Mainz mehr als 1400 Unterschriften für die Verankerung von Klimaschutz als kommunale Pflichtaufgabe. Umweltministerin Katrin Eder empfing die fünfköpfige Delegation und nahm die Unterschriften stellvertretend für die Landesregierung in Empfang. Erfreut zeigten sich die Klimaaktivisten, dass sich die Ministerin über eine Stunde Zeit zum Austausch von Argumenten, Gedanken und Ideen nahm. Am Ende war man sich zwar einig in den Zielen, nicht aber über den Weg dahin.

Schnelles und konsequentes Handeln erforderlich

Bereits im September 2021 hatte „MainzZero–Klimaentscheid Mainz“ einen offenen Brief an die Landesregierung gerichtet. Sie wurde darin aufgefordert, Klimaschutz als kommunale Pflichtaufgabe gesetzlich zu verankern. Unterstützt wurde dieser Brief von einer Vielzahl von Organisationen und Einzelpersonen vor allem aus dem Umwelt- und Klimabereich als Erstunterzeichner.

Diese kommunale Pflichtaufgabe werde jedoch nur dann wirksam, wenn Aufgabenfelder, Ziele und Ressourcen der Kommunen klar umrissen und abgegrenzt seien. In Ihrem Antwortschreiben hatte die Landesregierung geantwortet, dass sie die Einschätzung von MainzZero teile, dass die Begrenzung des Klimawandels schnelles und konsequentes Handeln auf allen Ebenen erfordere. Und weiter: „Allerdings haben wir einen anderen Weg als die kommunale Pflichtaufgabe gewählt.“

Genau hier sehen die Initiatoren der Unterschriftensammlung den Dissens: „Die Landesregierung setzt primär auf ein kommunales Klimaschutz-Pflichtbewusstsein durch den auf den Weg gebrachten ‚Kommunalen Klimapakt‘, sowie das ‚Kommunale Investitionsprogramm Klimaschutz und Innovation‘ (KIPKI). Beides baut allein auf Freiwilligkeit und Einsicht der Kommunen. Wir fordern demgegenüber verbindliche Strukturen als gesetzlich verankerte, kommunale Pflichtaufgabe. In dem Wissen, dass die Klimakrise und deren Bewältigung unsere Gesellschaft Jahrzehnte beschäftigen wird, dass die Umsetzung vieler Maßnahmen zur Bewältigung der Klimakrise bei Städten und Gemeinden liegt, soll diesen strukturell klare Zuständigkeiten, Personal und Eigenmittel über den Landeshaushalt zur Verfügung gestellt werden“, erläutert Klaus Philipp.“ Eine Förderung von Innovationsprojekten mittels Förderprogrammen der EU, des Bundes und der Länder soll durchaus bestehen bleiben“, ergänzt er.

Mit ihrer Forderung sind sie nicht allein: Auch das Klima-Bündnis, das von Deutsche Umwelthilfe, GermanZero, Klima Allianz Deutschland, WWF, Germanwatch, Städtetag Baden-Württemberg und IKEM (Institut für Klimaschutz, Energie und Mobilität) mitgetragen wird, fordert die Verankerung des Klimaschutzes als kommunale Pflichtaufgabe. Bereits mehr als 30 Kommunen aus Rheinland-Pfalz gehören diesem bundesweiten Bündnis an.

Parallel dazu beinhalten aktuell die von der Bundesregierung in der Novelle des Gebäudeenergiegesetzes geplante Einführung der flächendeckenden kommunalen Wärmeplanung und das geplante Klimaanpassungsgesetz eine solche Ergänzung kommunaler Pflichtaufgaben. Wegen des „Durchgriffsverbots“ des Grundgesetzes werden diese vom Bund nicht direkt auf die Kommunen, sondern zunächst auf die Bundesländer übertragen.

Vor allem die Bereiche Energie- und Wärmeversorgung, Sanierung von Gebäuden, Verkehrswende mit dem Ausbau des öffentlichen Personenverkehrs, Fußgänger- und Fahrradinfrastruktur, Klimabildung, -beratung und -information, aber auch Klimaanpassungsmaßnahmen wie Hitzeschutz, Entsiegelung von Flächen, Schaffen von Wasserrückhaltungsmöglichkeiten oder Stadt- bzw. Ortsbegrünung werden von den Kommunen große Anstrengungen abverlangen. Sie dafür personell und hinsichtlich ihrer Investitionsmöglichkeiten durch eine gesetzliche Festschreibung so auszustatten, dass diese Aufgaben tatsächlich und vollumfänglich wahrgenommen werden können, wünschen sich Klaus Phillip und seine Mitstreiter. Diese Möglichkeit sei mit dem heutigen Vorgehen der Landesregierung nur bedingt gegeben und eben nicht verpflichtend. Sie blieben aktuell weiterhin freiwillige Aufgaben der Kommunen, die jederzeit bearbeitet oder auch liegengelassen werden könnten.

Die Hoffnung aufgegeben hat Klaus Philipp noch nicht: „Wenn viele Mitbürgerinnen und Mitbürger sowie Initiativen und Organisationen unsere Forderung unterstützen, hoffe ich, dass die Landesregierung ihr Vorgehen überdenkt und verbindliche Strukturen für diese generationenübergreifende Herausforderung schafft.“

 Redaktion